

HORST PÖTTKER

Legitimitätsdefizite und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland

Das Medium als Instanz der politischen Sozialisation

Politische Sozialisation ist der »Lernprozeß, innerhalb dessen ein Individuum sich jene Persönlichkeitsmerkmale..., Kenntnisse..., Fähigkeiten und Werte *aneignet*, welche pol[itisches] Bewußtsein und pol[itisches] Verhalten strukturieren und lenken, also politisch relevant sind; oder... [der] Lernprozeß, innerhalb dessen einem Individuum jene... [Eigenschaften] *vermittelt werden*«. ¹ Mit diesen Definitionen reduziert Sylvia Greiffenhagen die Begriffe verschiedener Schulen und Richtungen der Sozialisationsforschung auf einen gemeinsamen Kern, der unumstritten sein dürfte. Folgt man der zweiten Variante, ist unter einer Instanz der politischen Sozialisation eine Institution zu verstehen, die Persönlichkeitsmerkmale, Kenntnisse, Fähigkeiten und Werte vermittelt, welche politisches Bewußtsein und Verhalten prägen, kurz: eine Institution, die politische Einstellungen und Handlungsweisen beeinflusst.

IST DAS FERNSEHEN EINE INSTANZ DER POLITISCHEN SOZIALISATION?

Hat das Fernsehen Einfluß auf Einstellungen und Handlungsweisen? Hat es überhaupt Wirkungen? In der Medienwirkungsforschung hat es eine lange Phase gegeben, in der die Tendenz vorherrschte, diese Fragen zu verneinen. 1960 faßte Joseph T. Klapper die Ergebnisse zahlreicher Einzeluntersuchungen zur Verstärker-Hypothese zusammen: »The media are more likely to reinforce than to change.« ²

Klapper hat seine berühmte Hypothese also außerordentlich vorsichtig formuliert. Er begründete sie auf hohem theoretischem Niveau³: Infolge eines psychischen Grundbedürfnisses nach Konsistenz nimmt der Rezipient vor allem diejenigen Inhalte auf, die zu seinen Vorverständnissen passen, während er andere, ihnen widersprechende Informationen übergeht, wieder vergißt oder im Sinne der Vorverständnisse umdeutet. Dies selektive Verhalten ist bei der Medienrezeption wahrscheinlicher als bei der unmittelbaren Kommunikation, weil es hier technisch leichter fällt und die andere Seite darauf nicht korrigierend reagiert. In der breiteren Öffentlichkeit entstand angesichts der Verstärker-Hypothese bald die Vorstellung, Massenmedien seien wirkungslos; sie diene und dient bisweilen noch heute als Schild, um Kritik an Medieninhalten abzuwehren.

Indes folgen bereits aus der Verstärker-Hypothese selbst Argumente, die die Ansicht von der Folgenlosigkeit der Massenmedien falsch erscheinen lassen⁴: Zunächst ist Verstärkung natürlich auch eine Wirkung. Wenn Massenmedien vorhandenes Mißtrauen gegenüber dem Staat verstärken, vorhandenes Vertrauen in den Staat aber nicht, bedeutet dies zweifellos einen Einfluß auf die politische Einstellung. Darüber hinaus schließt die Verstärker-Hypothese durchaus auch einstellungsverändernde Wirkungen der Medien ein, sofern man die Verschränkung der Medienrezeption mit der unmittelbaren Kommunikation berücksichtigt. Wenn die Verstärkung einer Einstellung durch medialen Einfluß dazu führt, daß der Rezipient diese Einstellung in der Familie, bei der Arbeit usw. häufiger oder

intensiver artikuliert, und wenn diese Artikulation bei den Kommunikationspartnern Einstellungswandel hervorrufen kann, ist die Möglichkeit einer indirekt bewirkten Veränderung der politischen Kultur durch Massenmedien gegeben.⁵ Dieser zwei- oder mehrstufige Medieneinfluß ist insbesondere im Hinblick auf die etwa zwanzig Prozent »opinion leaders«, die (politischen) Meinungsführer, von Bedeutung, die das Informationsangebot von Presse und Rundfunk stärker als andere Menschen nutzen. Aufgrund dieser komplizierten Wirkungskaskade sind bei Massenmedien vor allem langfristige Einflüsse zu erwarten, die sich schwer messen lassen.⁶

Im übrigen spricht die Verstärker-Hypothese überall dort nicht gegen möglicherweise sogar starke Wirkungen, wo beim Publikum noch gar keine Vorverständnisse vorhanden oder verfestigt oder vorhandene und verfestigte erschüttert sind. Dies kann an den Rezipienten liegen: Kinder und Jugendliche z. B. sind weniger resistent gegen Medieneinflüsse als Erwachsene. Es kann an den Medieninhalten liegen: »Massenmedien können Meinungen und Einstellungen zu neu auftauchenden Problemen prägen (tabula rasa-Situation).«⁷ Es kann aber auch an der gesellschaftlichen Situation liegen. In Zeiten einer beschleunigten sozio-kulturellen Dynamik (Wertwandel) erhöht sich die Chance, daß Massenmedien verändernd wirken.⁸

Schließlich läßt die Verstärker-Hypothese verändernde Wirkungen zu, wenn das Informationsangebot der Medien nicht vielfältig genug ist, der Rezipient also dissonante Inhalte nicht völlig umgehen kann. Beim Medium Fernsehen gab es vor wenigen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland nur eine Wahlmöglichkeit zwischen drei Programmen (für die nicht über Kabelanschluß oder Parabolantenne verfügende Mehrheit der Fernsehteilnehmer besteht diese Situation auch noch eine Weile weiter). Dem Fernsehen gelingt es deshalb leichter als anderen Medien, vor allem der sehr aufgefächerten Presse, selektive Barrieren zu durchbrechen; nicht zuletzt deshalb dürfte es das wirksamste Medium sein. Diese Annahme ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die meisten Bürger das Fernsehen für glaubwürdiger halten als die Tageszeitung oder den Hörfunk.⁹ Seit langem gehört zu den empirisch gut gesicherten Einsichten der Wirkungsforschung: Die Überzeugtheit des Rezipienten von der Glaubwürdigkeit eines Mediums erhöht dessen Wirksamkeit.¹⁰

Alle diese Überlegungen lassen sich zu folgender These verdichten: In einer Epoche beschleunigten sozio-kulturellen Wandels, wie wir sie gegenwärtig erleben, ist insbesondere das Medium Fernsehen in der Lage, auf lange Sicht Einstellungen und Handlungsweisen eines Teils der Bevölkerung zu beeinflussen. Verändernde Einflüsse des Fernsehens sind vor allem bei jüngeren Menschen und bei Themen zu erwarten, die neu oder – z. B. infolge des Wertwandels – besonders umstritten sind.

Diese Annahme dürfte zumal für politische Einstellungen und politisches Handeln gelten.¹¹ Das Herrschaftssystem ist ein besonders stark herausgehobenes und abgegrenztes Teilsystem unserer komplexen, auch in anderer Hinsicht hochgradig funktional differenzierten Gesellschaft. Die meisten Mitglieder dieser Gesellschaft haben nur eine geringe Chance, mit den entscheidenden Herrschaftsinstitutionen (Parlamente, Regierungen, Verfassungsgericht, Parteien) unmittelbar Erfahrungen zu sammeln. Fast alles, was die Bürger über die Politik zu wissen glauben, die sie in einer Demokratie durch ihr Wahlverhalten steuern sollen, stammt direkt oder indirekt aus den Massenmedien¹², insbesondere wiederum dem Fernsehen, dessen politisches Informationsangebot in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit die größte Reichweite hatte und auf das das Publikum stärker als

auf die aktuellen politischen Informationsangebote der anderen Medien angewiesen zu sein glaubt.¹³

All das legt eine positive Antwort auf die Ausgangsfrage nahe: Das Fernsehen ist eine Instanz der politischen Sozialisation, deren Bedeutung für die politische Kultur eines Landes, also für die in seiner Bevölkerung verbreiteten politischen Einstellungen und Verhaltensweisen¹⁴, man gerade in unserer Epoche nicht unterschätzen sollte.

Bevor ich mich der Frage zuwende, *wie* diese Sozialisationsinstanz die Einstellungen zu den politischen Parteien und zum parlamentarischen System in der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst haben könnte, sei einem Mißverständnis vorgebeugt: Mit der These, das Fernsehen sei eine – wichtige – politische Sozialisationsinstanz unter anderen, meine ich nicht, daß es kurzfristig Wahlen entscheiden kann, wie Elisabeth Noelle-Neumann in den siebziger Jahren entgegen aller damaligen Skepsis gegenüber Medienwirkungen behauptet hat.¹⁵ Vielmehr unterstelle ich dem Fernsehen über lange Zeiträume hinweg einen allmählichen und tiefgreifenden Einfluß auf politische Einstellungen und Handlungsweisen der Bevölkerung.

Um über diesen Einfluß etwas Konkretes herauszubekommen, erweist es sich als notwendig, auch die erste Variante der eingangs zitierten Definition zu berücksichtigen. Das Fernsehen überträgt seine politischen Inhalte nicht einfach auf das Publikum, sondern der Rezipient eignet sich politische Einstellungen und Verhaltensweisen über das Medium an, indem er dessen Informations- und Meinungsangebot interpretiert. Zwischen dem, was Medien mit Menschen, und dem, was Menschen mit Medien machen, bestehen überdies Wechselwirkungen.

LEGITIMITÄTSPROBLEME IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

In der Bundesrepublik Deutschland ist, dafür sprechen viele Beobachtungen, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und die Herrschaftselite von Anfang an schwach gewesen. Die Deutschen hatten mit dem Staat besonders schlechte Erfahrungen gemacht. Dem deutschen Bürgertum war es nie wie dem englischen, nordamerikanischen oder französischen gelungen, den politischen Institutionen seines Landes durch eine Revolution dauerhaft ein demokratisches Gepräge zu geben. Auch die deutsche Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte dem Obrigkeitsstaat kaum etwas anhaben können. Das Verhältnis vieler Menschen zu dieser Autorität war distanziert und ängstlich, was sich einerseits in symbolischer Überidentifikation, andererseits in unpolitischer Subversivität ausdrückte. Der ungebrochene Obrigkeitsstaat und ein »Drittes Reich«, das sich in seiner Tradition verstand oder zumindest darstellte, haben dann im zwanzigsten Jahrhundert zweimal unermessliches Leid herbeigeführt, das mit der Teilung des Landes bis heute anhält. Ernsthafte Bemühungen, die Bevölkerung mit dem Staat zu versöhnen, waren nach den beiden Kriegen vor allem von außen inspiriert.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund ist es wenig überraschend, daß Almond und Verba bereits Anfang der sechziger Jahre in vergleichenden empirischen Studien zur politischen Kultur verschiedener Länder¹⁶ in der Bundesrepublik Deutschland auf ein größeres Mißtrauen gegenüber dem Herrschaftssystem und der politischen Elite stießen: »Im Gegensatz zu Großbritannien und den USA war in der Bundesrepublik nur eine Minderheit der Befragten der Auffassung, man könne gegen ungerechte administrative Entscheidungen auf der örtlichen und überörtlichen Ebene etwas unternehmen... Zusätz-

Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten (in v. H.)	Tabelle 1			
	1987	1986	1983	1982
Bayern		70,1		78,0
Bundestag	84,3		89,1	
Hessen	80,3		83,5	86,4
Hamburg	79,5	77,8		84,0
Rheinland-Pfalz	77,0		90,4	
Bremen	75,6		79,7	
Schleswig-Holstein	76,6		84,8	

lich fanden die amerikanischen Forscher heraus, daß in den USA 85% und in Großbritannien 63%, in der Bundesrepublik aber nur 7% der Befragten auf die politischen Institutionen des Landes »stolz« waren und darin eine Bereitschaft zur Identifikation mit den Strukturen und Einrichtungen des politischen Systems offenbarten.«¹⁷

Das für die Bundesrepublik Deutschland charakteristische Legitimitätsdefizit ist mit der Festigung der parlamentarischen Institutionen und mit dem Wechsel der Generationen nicht geringer geworden; im Gegenteil: Anfang der siebziger Jahre vertiefte sich das Mißtrauen, vermutlich nicht zuletzt infolge der 68er Studentenbewegung: »1970 wurde ... vom Allensbacher Institut die provozierende Frage gestellt: »Man hört oft die folgende Meinung: bei uns kann zwar jeder alle Jahre mal wählen, aber im Grunde kümmern sich die Politiker doch gar nicht darum und tun doch nur das, was sie wollen. Würden Sie sagen, das stimmt voll und ganz, teilweise oder stimmt nicht?« 22% der Befragten stimmten »voll und ganz«, 51% der Befragten »teilweise« zu – eine enorme Menge von Menschen also, die insgesamt drei Viertel der Befragten ausmachten. Im Jahre 1971 hatte sich ... bei einer Wiederholungsbefragung der Prozentsatz der ganz oder teilweise Zustimmenden noch weiter angehoben. Er lag nunmehr bei 25% bzw. 58% und war insgesamt auf 83% der Befragten hochgeklettert.«¹⁸

Ein Indiz für Legitimitätsschwund war auch das Aufkommen der Bürgerinitiativen in den siebziger Jahren; immer mehr Menschen wollten die Vertretung ihrer Interessen und Anliegen nicht mehr den parlamentarischen Institutionen und etablierten Parteien überlassen, sondern selbst in die Hand nehmen. Einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit dem Einzug der Alternativ-Partei »Die Grünen« Anfang der achtziger Jahre in die Parlamente. Das wachsende Mißtrauen gegenüber den politischen Institutionen hatte das scheinbar festgefügte westdeutsche Parteiensystem durcheinandergebracht. Immerhin lassen sich die Stimmengewinne und die zeitweilige Regierungsbeteiligung der Grünen in Hessen noch als Beleg für die Offenheit und Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems deuten.

Dies ist kaum noch möglich bei dem Phänomen, in dem sich der offenbar weiter fortschreitende Legitimitätsschwund neuerdings niederschlägt. Trotz des tiefsitzenden Mißtrauens gegenüber Staat und Politik war die Wahlbeteiligung bis in die achtziger Jahre hoch und im großen und ganzen sogar noch steigend. Neuerdings hat sich die Tendenz umgekehrt. Bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen ging die Beteiligung der Stimmbürger durchgehend zurück (vgl. Tabelle 1).¹⁹

Das »Institut für angewandte Sozialwissenschaft« (infas) hat die seit 1949 niedrigste

Wahlbeteiligung sowie die gleichzeitigen Verluste der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 als »Zurückhaltung gegenüber dem politischen System« interpretiert.²⁰ Das ist vor dem Hintergrund historischer Überlegungen und früherer Daten naheliegend. Ein weiteres Anzeichen für das verbreitete Mißtrauen ist der offenkundige Unwille eines erheblichen Teils der Bevölkerung, an den Volkszählungen 1983 und 1987 teilzunehmen.

Was hat nun die Sozialisationsinstanz Fernsehen mit dieser Legitimitätskrise in der Bundesrepublik Deutschland zu tun? Die zunehmende Politikverdrossenheit, die man noch gar nicht richtig zur Kenntnis genommen, geschweige denn auf ihre bedrohlichen Folgen hin überdacht hat, ist sicher nicht zuletzt eine Folge des politischen Geschehens selbst. Seit Ende der siebziger Jahre häufen sich in der Bundes- und Landespolitik die Skandale, wobei die Parteispendenaffäre, der Kießling-Skandal und die Affäre Barschel/Pfeiffer als Beispiele genügen sollen. Obwohl in den meisten Fällen schuldhaftes, wenn nicht kriminelles Verhalten der politisch Verantwortlichen ans Licht kam, wurden nur selten politische oder persönliche Konsequenzen gezogen.

Eine nicht unerhebliche Rolle dürfte auch spielen, daß mit Arbeitslosigkeit und Umweltgefährdung zwei für jeden Bürger unmittelbar wahrnehmbare soziale Probleme andauern oder sich verschärfen, für deren Bewältigung die politischen Parteien sich in ihren Programmen und Wahlaussagen als zuständig erklären. Den Regierungswechsel 1982 haben CDU/CSU und FDP im Bundestag hauptsächlich mit der Notwendigkeit begründet, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen; der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung ist seitdem jedoch nicht gesunken. Auch die ökologische Rhetorik der Parteien wird durch das Fortdauern des Waldsterbens, die Zunahme von Atemwegerkrankungen oder spektakuläre Chemieunfälle fortwährend Lügen gestraft. Außerdem verfolgt die Bundesregierung mit dem Festhalten an der Atomtechnologie eine Politik, die eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung ablehnt, wenn man die Ergebnisse einschlägiger Umfragen zugrunde legt.

Gleichwohl: Vorausgesetzt, das Fernsehen ist eine wichtige Instanz der politischen Sozialisation, dann stellt sich die Frage, ob und wie es möglicherweise zur Politikverdrossenheit beiträgt. Auch wenn sich der Legitimitätsschwund erst neuerdings in einer für das politische System der Bundesrepublik Deutschland bedrohlichen Weise verschärft, widerlegt dies nicht die Annahme einer Mitverursachung durch das Fernsehen, da wie gesagt die Wirkungen des Mediums auf die politische Kultur eher lang- als kurzfristig zu veranschlagen sind. Auch das in Deutschland traditionelle Mißtrauen gegenüber dem Staat spricht nicht gegen, sondern eher für das Fernsehen als eine Ursache unter anderen; da der Rezipient Massenmedien nach Maßgabe seines Vorverständnisses selektiv wahrnimmt, können legitimitätsgefährdende Botschaften des Fernsehens gerade in Deutschland ihre verstärkende Wirkung erzielen.

Im folgenden habe ich Überlegungen aus der bisherigen Forschung zusammengetragen, aus denen hervorgeht, wie und warum das Fernsehen möglicherweise zur Legitimitätskrise in der Bundesrepublik Deutschland beiträgt. Dabei geht es nicht um intendierte Effekte, sondern um unbeabsichtigte Einflüsse des Fernsehens auf die politische Kultur, die sich ohne oder sogar gegen den Willen von Politikern und Journalisten durchsetzen. Im übrigen handelt es sich bei diesen Überlegungen nicht um abgesicherte Forschungsergebnisse, sondern um Thesen, die empirisch zu überprüfen bleiben.

VERFÜHRUNG ZU NICHT ERFÜLLBARER VERANTWORTUNGSÜBERNAHME

Naheliegend und auch tatsächlich oft geäußert worden ist der Verdacht, die Massenmedien, allen voran das Fernsehen, würden den Staat und die maßgeblichen Politiker allzu negativ darstellen. Als Gründe dafür geben Kritiker die Orientierung am Nachrichtenfaktor Sensationalität, die Fixierung publizistischer Intellektueller auf Konflikte oder ein »emanzipatorisches«, gesinnungsethisches, auf Weltverbesserung zielendes Selbstverständnis bei der Mehrheit der Journalisten an, der nur eine Minderheit gegenüberstehe, die sich als »objektiver Berichterstatter« begreift.²¹

In diese Richtung argumentiert auch Helmut Klages. Um das Vertrauen in den Staat zu fördern, empfiehlt er u. a., »gegenüber der unlimitierten Parteien- und Verbandskonkurrenz einen Minimalkonsens aufzubauen«²², und fährt dann fort: »Auch ich möchte an dieser Stelle nochmals das Stichwort der *Medien* aufgreifen, die offenbar ihren Ort in der freien pluralistischen Gesellschaft noch nicht endgültig gefunden haben und in denen fälschlicherweise oft Freiheit mit dem unbeschränkten Recht auf Kritik und Tabuzerstörung identifiziert und verwechselt wird.«²³ An anderer Stelle behauptet er, die Bürger würden das negative Bild des Staates »über *Medien* zugeführt erhalten, die vom politischen System selbst wenig kontrolliert werden. Literatur, Presse, Rundfunk und Fernsehen genießen bei uns den Sonderstatus freier Meinungsbildner.«²⁴ Wie die Ergebnisse der empirischen Medienforschung allerdings zeigen, ist tatsächlich eher das Gegenteil der Fall, zumindest beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk und damit bei den Fernsehprogrammen, auf die die politischen Parteien über ihre Vertreter in den Aufsichtsgremien erheblichen Einfluß haben.

Heribert Schatz und Mitarbeiter haben 1977 die Nachrichtensendungen »Tagesschau« (ARD) und »heute« (ZDF) analysiert und bestätigt gefunden, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem politisch-administrativen System nur eine geringe Autonomie besitzen und von den etablierten politischen Parteien stark kontrolliert und gesteuert werden. Die politische Berichterstattung der Fernsehnachrichten zeichnet dieser Untersuchung zufolge keineswegs ein negatives Bild vom Staat und den Spitzenpolitikern, sondern dort »entsteht das Bild einer stark personalisierten politisch-administrativen Oligarchie mit hoher Sachkompetenz und Krisenbewältigungsfähigkeit.«²⁵ Andere Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Nach einer Inhaltsanalyse der Nachrichtensendungen im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl von 1980 wurden die CDU/CSU und ihre potentielle Regierungsmannschaft in beiden Fernsehsystemen in der überwiegenden Mehrzahl der einschlägigen Meldungen sehr positiv (47 v. H.), positiv (30 v. H.) oder zumindest neutral (18 v. H.) dargestellt, während negative (2 v. H.) oder sehr negative (3 v. H.) Bewertungen selten waren.²⁶ Eine affirmative Darstellung der Parteien und Spitzenpolitiker ist also offenbar für die Nachrichtensendungen typisch. Für politische Magazine, die stärker als die Nachrichtensendungen eine Kritik- und Kontrollfunktion wahrzunehmen haben, mag anderes gelten, worauf ich später noch zurückkommen will.

Wenn also Klages' Behauptungen über den Beitrag der Medien zur Politikverdrossenheit offenbar auch unzutreffend sind, enthält sein Ansatz doch einen wichtigen Gedanken, der gemeinsam mit dem von Schatz und anderen erhobenen Befund eines außerordentlich positiven Bildes der Herrschaftselite in den Fernsehnachrichten zu einer ersten These

darüber führt, auf welche Weise das Medium möglicherweise zur Legitimitätskrise in der Bundesrepublik Deutschland beitragen könnte. Klages' besonderes Interesse gilt der Selbstdarstellung des Staates, und zwar, soweit diese von den politischen Repräsentanten unbeabsichtigt ist und unbewußt gestaltet wird. Seine zentrale These lautet: Die Politiker neigen dazu, in ihrer nicht-intendierten Selbstdarstellung die Zuständigkeit für Probleme zu übernehmen, für die sie gar nicht verantwortlich sind. Auf diese Weise wecken sie Erwartungen in den Staat, die zu erfüllen er nicht in der Lage ist, was langfristig die Unzufriedenheit mit dem politischen System vertieft. Klages exemplifiziert diesen Gedanken an der ökonomischen Prosperität, für die sich der Wohlfahrtsstaat durch seine »auf Verantwortlichkeitsübernahme zielende Selbstdarstellung«²⁷ zuständig mache. Sicher läßt sich die These, die Politiker würden sich in ihrer Selbstdarstellung übernehmen, auch auf andere Problemfelder wie die innere Sicherheit, die Friedenssicherung oder neuerdings den Umweltschutz übertragen.

Ein Grund für diese unrealistische Selbstdarstellung des Staates ist zweifellos, daß es für die Politiker verführerisch ist, sich als Urheber von Entwicklungen darzustellen, solange diese positiv verlaufen. Vollbeschäftigung, Wohlstand und Frieden sind günstige Umstände, an denen alle Parteien partizipieren wollen, auch wenn sie weltwirtschaftlich oder weltpolitisch verursacht sind. Dies muß sich in dem Augenblick gegen die Parteien und das politische System kehren, in dem Massenarbeitslosigkeit eintritt oder Wohlstand und Frieden gefährdet sind – auch wenn dies wiederum weltwirtschaftliche oder weltpolitische Ursachen hat. In diesem Zusammenhang ist das dreistufige parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland, in dem die Parteien und ihre Spitzenpolitiker praktisch kontinuierlich um Wählerstimmen konkurrieren müssen, von Bedeutung, weil es ihnen fortwährende Selbstwerbung abverlangt.

Von den Massenmedien geht eine zusätzliche Verführung zur nichterfüllbaren Selbstdarstellung der Politik aus. Verwunderlich wäre es, wenn die Parteien nicht versuchten, Presse und Rundfunk als Vehikel ihrer Eigenwerbung zu gebrauchen. Das gilt zumal für das aktuelle Bilder-Medium Fernsehen, dem das Publikum besonders traut und das besonders wirksam ist. Es gehört eine gehörige Portion Selbstbewußtsein dazu, vor Kamera und Mikrophon Ratlosigkeit einzugestehen, auch oder gerade wenn man ratlos ist. Im übrigen beginnt die Inszenierung der unrealistischen Verantwortungsübernahme im Fernsehen schon lange, bevor die Sendung selbst beginnt: Die Parteien schicken mit Vorliebe diejenigen Politiker zum Interview und innerhalb der Parteien haben vor allem diejenigen Chancen, in Spitzenpositionen aufzusteigen, die auch noch in schwierigsten Situationen glaubwürdig Kompetenz zu demonstrieren vermögen.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit, an dem auch der Zusammenhang mit Politikverdrossenheit und Legitimitätskrise deutlich wird, war das falsche Fernseh-Ehrenwort des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel im September 1987, nichts mit den Wahlmanipulationen zu tun gehabt zu haben, die von seiner Staatskanzlei ausgegangen waren. Hätte Barschel dieses Ehrenwort auch ohne das Fernsehen gegeben, wenn also nicht die Möglichkeit gelockt hätte, das zentrale Medium dieser Gesellschaft zu benutzen, um das eigene Image wieder aufzupolieren? Und hätten Barschel, mit ihm seine Partei und mit ihr das parlamentarische System insgesamt denselben verheerenden Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit erlitten, wenn er den schmutzigen Machenschaften gegen den Oppositionsführer nicht auch noch jenes falsche öffentliche Ehrenwort hinzugefügt hätte?